

KGW's Rundschreiben

Deutschland, Europa und die Welt

Viele Bundesbürger erkennen bei der regierenden **Ampel** weder rot, noch grün oder gelb – weil sie einfach nur „farblos“ ist. 5.000 Bundesbürger über 18 Jahre wurden von Civey¹ befragt und danach sind 57% der Befragten der Ansicht, dass die Grünen meist für die Streits verantwortlich sind. 37% entfallen auf die FDP und nur 3% glauben, dass die SPD der „Streithansel“ ist. Die Wähler und Anhänger der einzelnen Parteien machen sich gegenseitig für das schlechte Image verantwortlich. Aussicht auf Verbesserung = keine! Impulse vom Bundeskanzler sind nicht zu erwarten und er regiert nach dem Motto: Nur im Fluss lässt sich die Richtung bestimmen.

Der Haushalt 2024 ist noch nicht verabschiedet, weil sich die Ministerien um die Milliardenlücke (bisher sind es mindestens 20 Mrd. €) streiten und gleichzeitig mehr Geld vom Finanzminister fordern. Christian Lindner (Ch.L.) will am 05.07. den Haushaltsentwurf ins Kabinett bringen. Deshalb hat er in Abstimmung mit dem Bundeskanzler Olaf Scholz (O.Sch.) die einzelnen Ressorts aufgefordert, „eigenverantwortlich die Ausgestaltung des jeweiligen Planfonds“ vorzunehmen. Dabei gilt weiterhin die Prämisse, die Schuldenbremse einzuhalten! Alle Ministerien, mit Ausnahme des Bundesverteidigungsministeriums, müssen Einsparungen vornehmen. Kürzlich verschickte Ch.L. Briefe an die 16 Ressorts und erwähnte darin, dass durch Abbau der Subventionen ein Teil der Haushaltslücke geschlossen werden soll. Er verlangt Vorschläge zum „Haushaltsfinanzierungsgesetz“, die ihm Kürzungen (auch Soziales) erlauben. Im Vorfeld werfen die Grünen dem Finanzminister „blinde Sparpolitik“ vor. Ihre Forderungen (die SPD schließt sich in diesen Punkten an), den Gut- und Besserverdienenden an den Geldbeutel zu gehen, um damit die Einnahmesituation über höhere Steuern zu verbessern, lehnt Ch.L. strikt ab. Damit sitzt er mit dem Kanzler in einem Boot. Der FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai sagte kürzlich: „Wir haben kein gemeinsames Grundverständnis in der Bundesregierung, was die finanzpolitische Realität betrifft. Die Koalitionspartner müssen offensichtlich lernen, dass der Staat mit den Mitteln auskommen muss, die er zur Verfügung hat.“ Diese Binsenweisheit sollte jedem klar sein, dass man auf Sicht nicht mehr ausgeben kann, als einem zur Verfügung steht (oder als Privatmann ist man auf die Schuldenberatung angewiesen).

Auf **EU-Ebene** debattiert man um eine **Etaterhöhung**. Der derzeitige Finanzrahmen umfasst über 1 Billion € und gilt von 2021 bis 2027. Die großzügige Ausgabenpolitik und die Finanzmanöver unter Leitung der EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen sind ein Schlag ins Gesicht der Steuerzahler. Kurzfassung des EU-Parlamentariers Moritz Körner (FDP): U.v.d.L. hat sich verzockt! Das sagt auch eine Studie der Brüsseler Denkfabrik Bruegel, welche nur die Zinsen für den Wiederaufbaufond (läuft 2027 aus) von 15 auf 30 Mrd. € errechnete. Dass die Südländer als Nettoempfänger von EU-Mitteln eine Haushaltserhöhung befürworten, versteht sich von selbst. Wie sagt das Sprichwort im Ruhrgebiet: „Einem nackten Bergmann kann man nicht in die Tasche fassen.“ Schon heute klopft EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn bei den Ländern an, um auszuloten, wie hoch die Bereitschaft ist, den Etat aufzustocken. Wir würden gerne „Mäuschen spielen“, um die Antwort von Ch.L. zu hören, der im Steuerland Deutschland genug zu kämpfen hat.

¹ Civey ist Kooperationspartner des SPIEGEL.

Der **Bundeskanzler** O.Sch. verkündete nach seiner Wahl mit markigen Worten den **Neuanfang**. Wer nach anderthalb Jahren Amtszeit den Status abrufen kann, kann sich an die Worte des Dichters J.W. von Goethe erinnern: „Die Botschaft hör ich wohl, jedoch mir fehlt der Glaube.“ Wie beurteilt der mündige Bundesbürger die Arbeit unserer politischen Elite von der Wahl 2021 bis Juni 2023?

	CDU/CSU	SPD	AfD	Grüne	FDP	Linke
Bundestagswahl 26.09.2021 Infratest dimap ²	24,1%	25,7%	10,3%	14,8%	11,5%	4,0%
Wahlrend (03.06.2023) Sonntagsfrage	27,8%	19,4%	17,9%	14,2%	7,6%	4,6%
	3,7%	-6,3%	7,6%	-0,6%	-3,9%	0,6%

Klar ist die Unzufriedenheit der Deutschen mit der Regierung zu erkennen. Sie gehen zur AfD; diese Partei wurde von den anderen Parteien als politisches „Schmuddelkind“ abgestempelt. Im Trend hat die AfD zwischenzeitlich die SPD überholt. Dieser Verlauf wird national sowie international als Alarmzeichen gesehen. Mit Worten allerdings kann man dem nicht begegnen, sondern nur mit handfesten Taten. Die Regierung sollte Gewissenserforschung betreiben, um zu erkennen, dass sie sich für das, was sie bisher geleistet hat, nicht exkulpieren kann, um anschließend Besserung zu geloben. Bevormundung der Bevölkerung und die noch mit Gesetzen untermauern, ist eindeutig der falsche Weg. Man drückt sich selbst den Stempel der „Stillstandskoalition“ auf. Nur ein Beispiel: Im Fortschritttempo sollte die Verwaltung der Regierung, bis hinunter zu den Kommunen, digitalisiert werden. Man machte mit dem „Onlinezusatzgesetz 2.0“ vor kurzem einen weiteren Anlauf. Für die Umsetzung allerdings will man sich 5 Jahre Zeit lassen. Das ist erbärmlich, weil viel Geld verbrannt wird und man die Wirtschaft bremst. Der Vorsatz war gut, nur die Umsetzung ist „Deutschlandtempo“.

Wer den Bundestag in Berlin besuchen möchte, muss verschiedene Formulare ausfüllen und sich spätestens 2 Tage vor dem Termin der Besichtigung anmelden. Alternativ lohnt sich ein Besuch im Deutschen Dom auf dem Berliner Gendarmenmarkt. Unter der Kuppel befindet sich die Dauerausstellung „Wege – Irrwege – Umwege“. Zu sehen ist ein Miniaturplenarsaal mit Kuppel, Rednerpult, Bundesadler, Präsidentenplatz, Regierungs- und Bundesratsbank – also wie das Original. Auf 10 großen interaktiven Bildschirmen wird die politische Entwicklung seit 1949 dargestellt.

Im Januar dieses Jahres erschien Kürschners Volkshandbuch „**Deutscher Bundestag**“ 20. Wahlperiode (258 Seiten), welches kostenlos als E-Book (PDF) angefordert werden kann. Daraus einige Passagen:

² Infratest dimap Gesellschaft für Trend- und Wahlforschung mbH ist ein Anbieter von Wahl- und Politikforschung in Deutschland. Quelle: Wikipedia

Die Parlamente der Welt nach Größe:

	China	Deutschland	Europäische Union	Nordkorea	Großbritannien
Einwohnerzahl	1,4 Mrd.	83 Mio.	448 Mio.	26 Mio.	67 Mio.
Abgeordneten- zahl	2.980	736	705	687	650

Soeben wird wieder heftig darum gestritten, die Zahl der 736 Abgeordneten abzubauen. Aber einen solch lukrativen Job gibt niemand gerne ab!

Aktuell kostet der Deutsche Bundestag über 1 Mrd. € - doppelt so viel wie im Jahr 2005 (während der Amtszeit von Angela Merkel). Wer aber glaubt, der größte Posten im Bundesetat seien die Gehälter der 736 Mitglieder, liegt falsch, denn ein Viertel der Gesamtkosten geht auf das Konto von Mitarbeitern, die von den Abgeordneten eingestellt werden. Im Augenblick wird in Berlin kräftig gebaut (selbstverständlich in der teuersten Version, nämlich Holz), damit die Abgeordneten artgerecht untergebracht sind.

Kosten für Mieten fallen nicht an, da die Büros in bundeseigenen Liegenschaften untergebracht sind.

- Jährliche Ausgaben (Laptop, Kaffeemaschine u.s.w.) bis 12.000 €
- Jeder Abgeordnete erhält monatlich über 10.000 € plus 4.500 € steuerfreie Pauschale
- Erstattung der Reisekosten, kostenfreie Bahncard erster Klasse, Parlamentariern steht ein Fahrdienst zur Verfügung
- Den mit Abstand größten Posten stellen die Mitarbeiter dar, den jeder Abgeordneter einstellen darf, Erstattung monatlich bis ca. 23.000 €
- Jeder ausgeschiedene Parlamentarier bekommt ein „Übergangsgeld“ (monatliches Salär von ca. 10.000 € für max. 18 Monate), Pension ca. 250 € monatlich für jedes Jahr im Bundestag, darüber hinaus gibt es Zuschüsse zur Sozialversicherung

So mancher fühlt sich mit der Anwesenheit eines Bundestagsabgeordneten aufgewertet. Wenn er dann noch einen Vortrag hält, muss er die Einnahme zwar melden, aber über das Jahr verteilt kommt bei manchem eine stattliche Summe zusammen. Wir bezweifeln, dass das Preis-Leistungs-Verhältnis stimmt. Wenn man sich im Bundestag umschaute, würde man sicherlich einen Tinnitus in den Augen bekommen: Man sieht (nicht nur) Pfeifen.

Ohne Zweifel hat nicht nur uns Deutschen die **Globalisierung**, d.h. der weltweite Austausch von Waren, Geld und Arbeitskräften ca. 30 Jahre lang viele Vorteile gebracht. Unternehmen konnten sich international aufstellen, also ihre Märkte ausdehnen. Dadurch wurden die Lieferketten gesteigert. Für den Verbraucher konnte das Angebot an Artikeln zu attraktiven Preisen ermöglicht werden. Der globale Kapitalmarkt verbesserte den Zugang zu Krediten und senkte die Kreditkosten für Schuldner gleichermaßen. Dank moderner Technologien und Digitalisierung schien es keine Grenzen zu geben. Der neue internationale Trend heißt Deglobalisierung. Bedeutet Near- und Friend-Shoring das Auslaufen der jetzigen ökonomischen Weltordnung? Alle haben durch den

Brexit gelernt. Die Zollkriege haben Schneisen zwischen die Volkswirtschaften getrieben. Die USA und China haben den Ton der Umgangssprache verschärft. Insbesondere hat die russische Invasion in der Ukraine der Globalisierung Grenzen gesetzt, was zu beispiellosen Sanktionen führte. In die Knie hat das die **russische Wirtschaft** allerdings nicht gezwungen, sondern deren BIP (Bruttoinlandsprodukt) nur um 2% schrumpfen lassen. Russland wie auch die westlichen Staaten haben Wege gefunden, ihre wirtschaftlichen Aktivitäten zu verändern und neu aufzustellen. Gerne beschwört Europa seine Entschlossenheit, Russland wegen des Ukrainekrieges wirtschaftlich zu schwächen. Wenn es allerdings um Gasimporte geht, bröckelt diese Entschlossenheit. Wenn ein Transport über Pipeline nicht möglich ist, wird Flüssiggas per Schiff transportiert. Das Sprichwort sagt: Eigennutz vor Eigensinn. Also ist man still und kauft das Gas nicht mehr direkt, sondern über andere Länder. Österreich bezieht 64% seines Gases (über die Ukraine) zum Knotenpunkt Baumgarten (Ostösterreich). Der österreichische Rohstoffkonzern OMV hat einen Vertrag bis 2040 mit Gazprom laufen und man muss die vertraglich vereinbarten Mengen nehmen, will man nicht unter die Take-or-Pay-Klausel³ fallen. Von dort werden unterschiedliche Länder, darunter auch Deutschland, beliefert. Spanien hat seine Gasimporte aus Russland um ca. 120% gesteigert. Für die eigene Gasversorgung ist man von russischen Importen nicht abhängig, weil man selbst eine Pipeline nach Algerien besitzt. Logisch, dass in andere Länder verkauft wird. Italien hat vor dem Ukrainekrieg kaum Gas aus Spanien bezogen. Die Abnahme ist allerdings explosionsartig gestiegen und man transportiert auf der Route von Barcelona nach Livorno. Frankreich macht Anstalten, seinen Gasimport aus Russland zu reduzieren, ist aber der fünf-wichtigste Gasabnehmer Russlands in Europa. Die Staaten können den Gasimporteuren nicht vorschreiben, wo sie kaufen. Üblicherweise schließt man Verträge, die über 5 bis 10 Jahre laufen. Würde die Politik restriktiv einschreiten, wären Vertragsstrafen fällig. Deutsche Gasimporte in Kurzfassung: Nach wie vor wird russisches Gas gekauft, allerdings über andere Länder. Nach der Trump-Ära „kuschelt“ Deutschland mit dem Verbündeten USA. Die Ampel hat schon längst den „bösen Buben“ China so dargestellt, dass man sich von dem schleunigst zu lösen hat. Die deutsche Auto- und Chemieindustrie investiert allerdings kräftig in China. Bei Seltenen Erden und verschiedenen anderen Vorprodukten sind wir auf China angewiesen. Unterbrochene Lieferketten haben gezeigt, dass unternehmerische Strategien unter dem Aspekt der Sicherheit stehen. Welche Chancen haben Entwicklungsländer, sich an der Globalisierung zu beteiligen? Wir brauchen den „Wüstenstrom“ (aus Afrika) und beispielsweise Pflegepersonal (aus Brasilien) für unsere alternde Bevölkerung. Fachkräfte wie z.B. aus medizinischen Berufen oder aus der Technologie könnten nach Rückkehr in ihre Herkunftsländer bei uns erworbenes Fachwissen zurücktransferieren. Produkte aus Billiglohnländern werden in Deutschland unter dem Label „Fairer Handel“ vermarktet. Damit werden Kleinbauern in Entwicklungsländern unterstützt. Die Welt zerfällt in Blöcke, die unterschiedlich beweglich sind. Auch keinen Fall wird sich aber die Welt völlig deglobalisieren, obwohl künftig manches nicht mehr so sein wird wie früher.

Die Abhängigkeit von russischem Erdgas und die Dominanz von China haben den Wunsch aufkommen lassen, Handelsgeschäfte nur noch mit „befreundeten“ Ländern zu betreiben. Die US-Finanzministerin Janet Yellen nennt diesen Trend **„Friend-Shoring“**. Die USA und Australien wollen Russland und China wirtschaftlich zurückdrängen. Deutschlands Autoindustrie ist stark von China abhängig und findet dieses Modell als keine gute Idee. Zunächst muss man sich aber fragen, wer bestimmt den Freund oder Nicht-Freund. Es kann aber auch passieren, dass der Freund zum Nicht-

³ Der Käufer übernimmt gegenüber dem Verkäufer eine Zahlungsgarantie unabhängig davon, ob die Güter oder Dienstleistungen vom Verkäufer hergestellt oder vom Käufer abgenommen werden. Bei Nichtabnahme der vereinbarten Mindestmenge ist die Zahlung der nicht abgenommenen Menge dennoch fällig. (Quelle: Wikipedia)

Freund wird oder umgekehrt. Die Auswirkung bestimmt die Politik. Deutschland als Exportland erreicht nur durch Handelsüberschüsse Wirtschaftswachstum. Anders die USA, die sich auf eine starke Binnenwirtschaft verlässt. Europa will sich von Fernost und China lösen und selbst Computerchips und ähnliches herstellen. Die Corona-Pandemie hat unsere Abhängigkeit gezeigt – damit soll künftig Schluss sein. Deutschland hat jahrelang Öl und Gas aus Russland zu Konditionen bezogen, die uns wettbewerbsfähiger machten als andere. Heute zahlen wir dafür den Preis; darunter leidet besonders die deutsche Wirtschaft. Der Freihandel wird durch die Politik gebremst. Symptomatisch ist das deutsche **Lieferkettengesetz**. Bezüglich Einhaltung von Menschenrechten oder Verbot von Kinderarbeit ist es zu begrüßen, aber in der Gesamtheit ein riesiger bürokratischer Stolperstein für unsere einheimische Wirtschaft. Die 5.000 deutschen Unternehmen haben mit dem hohen bürokratischen Aufwand genug zu tun, aber Brüssel muss sich ja auch behaupten und legt noch „eins drauf“. Man hat bereits den Mittelstand im Visier, der künftig unter dieses Gesetz fallen soll. Der WSM (Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung) ist der Dachverband für 14 Fachverbände und fordert die Bundesregierung auf, zu intervenieren, dass dieser inakzeptable Zeit- und Kostenaufwand nicht umgesetzt wird.

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Wenn die Prognosen der Fachleute zutreffen, wird es in diesem Jahr ein Überangebot an **Nickel** geben. Das Zusatzangebot der Klasse 2 hat sich erheblich vervielfacht. Es gibt zwischenzeitlich keine Trennung zwischen den Qualitätsklassen aufgrund des neuen Konversionsprozesses (NPI-to-matte conversion process). Bisher wollten die Autobauer von Direktbeteiligungen an Minen-Unternehmen nichts wissen. Das hat sich soeben geändert, denn VW beteiligt sich an einer Gesellschaft in Brasilien und Mercedes in Kanada. Langfristige Abnahmeverträge sollen z.B. Nickel- und Lithiumversorgung sichern. In der Batterie eines Elektroautos liegen die Rohstoffkosten bei ca. 80%. Am Mittwoch, den 14. dieses Monats hat die EU den Batteriemarkt neu geordnet. Danach ist nicht nur die Entsorgung, sondern der gesamte Lebenszyklus einer Batterie reguliert. Lithium in einer Batterie soll bis 2027 zu 50% recycelt werden und bis 2031 sogar zu 80%. Nickel in einer Batterie soll bis 2027 zu 90% und bis 2031 zu 95% wiederverwendet werden. Solche Verordnungen werden mit einer gesonderten Verpackung dem Anwender nähergebracht und deshalb sagte die SPD-Abgeordnete Delara Burkhardt: In Zukunft müssen Unternehmen, die Batterien in der EU verkaufen, Vorschriften einhalten, die Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen in ihren Lieferketten verhindern sollen.

Es ist Urlaubszeit. Die Nachfrage nach Edelstahl rostfrei ist nicht zum jubeln und die Werke suchen Aufträge. Viele Anbieter nennen im Augenblick Effektivpreise. Für Standardwerkstoffe und – abmessungen liegen die Verkaufspreise weit unter Einstand. Das ist für die Wirtschaft nicht gut und erst recht nicht für die Anbieter. Aber bekanntlich geht Liquidität vor Rentabilität.

Der **Chromstahlpreis** ist relativ stabil. **Austenite** (z.B. 1.4301) sowie auch stabilisierte Stähle (1.4404) sind in den vergangenen Monaten permanent gefallen. Eine Stabilisierung wird es wahrscheinlich erst zum Herbst geben. Der Legierungszuschlag spiegelt sich in dieser Situation wider.

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
04.01.2022	1.1370	20.730	20.610	101.256	1.839
03.01.2023	1.0664	31.200	31.350	55.380	2.961
01.02.2023	1.0857	30.060	30.350	49.086	2.760
01.03.2023	1.0613	25.025	25.225	44.094	2.342
03.04.2023	1.0839	23.560	23.890	43.058	2.166
02.05.2023	1.1003	24.235	24.295	40.016	2.210
01.06.2023	1.0661	20.850	20.950	37.686	1.948
21.06.2023	1.0908	21.350	21.550	39.156	1.939

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2022
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	02/22	1.067	06/22	1.358	984	994	1.000	1.044	1.055	1.044	1.056					
4301	01/22	2.450	05/22	3.844	2.918	2.989	2.903	2.645	2.526	2.506	2.382					
4404	01/22	3.690	05/22	5.559	4.673	5.083	5.472	5.040	4.207	4.052	3.881					
4509	01/22	1.280	06/22	1.566	1.189	1.199	1.205	1.263	1.289	1.286	1.297					
4521	09/22	1.944	06/22	2.343	2.150	2.449	2.916	2.904	2.315	2.190	2.200					
4539	01/22	6.590	05/22	10.243	8.729	9.546	10.313	9.370	7.681	7.380	7.013					
4571	01/22	3.750	05/22	5.696	4.754	5.164	5.550	5.109	4.270	4.113	3.937					

Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	02/22	1.280	06/22	1.630	1.181	1.193	1.200	1.253	1.266	1.253	1.267					
4301	01/22	2.940	05/22	4.614	3.502	3.587	3.484	3.174	3.031	3.007	2.858					
4310	01/22	2.770	05/22	4.295	3.251	3.328	3.235	2.964	2.826	2.815	2.683					
4404	01/22	4.430	05/22	6.671	5.608	6.100	6.566	6.048	5.048	4.862	4.657					

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	07/22	380	04/22	800	430	430	430	425	440	420						
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	07/22	1.050	04/22	2.450	1.500	1.510	1.450	1.400	1.310	1.120						
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	07/22	1.570	04/22	3.300	2.500	2.680	2.650	2.450	2.220	2.150						

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team